

ORH-Bericht 2021 TNr. 49

Verwendungsnachweisprüfung bei der Förderung von kommunalen Hochbaumaßnahmen

Jahresbericht des ORH

Das Verfahren der Regierungen zur Verwendungsnachweisprüfung bei staatlich geförderten Hochbaumaßnahmen ist nicht geeignet, den zweckentsprechenden und wirtschaftlichen Einsatz der Fördermittel wirksam zu gewährleisten. Diese betragen jährlich über eine halbe Milliarde Euro. Die Zuweisungsempfänger legen die Verwendungsnachweise häufig nicht fristgerecht vor. Die Regierungen prüfen sie nicht im erforderlichen Maß. Erforderliche förderrechtliche Konsequenzen werden äußerst selten gezogen. Obwohl die Mängel seit vielen Jahren bekannt sind und mehrmals vom Landtag aufgegriffen wurden, sind keine wesentlichen Verbesserungen feststellbar.

Beschluss des Landtags

vom 8. Juni 2021
(Drs. 18/16220 Nr. 2f)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 BayHO ersucht, die Qualität der Prüfung von Verwendungsnachweisen bei der Förderung von kommunalen Hochbaumaßnahmen nachhaltig zu verbessern und dazu

- die Regelungen klarer und eindeutiger zu fassen,
- den Umfang und die Tiefe bei der Prüfung der Stichproben zu verbessern,
- die gebotenen förderrechtlichen Konsequenzen zu ziehen.

Dem Landtag ist bis zum 30.11.2021 zu berichten.